

Rede Maike Wiedwald | LDV 2017

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte zum Anfang meiner Rede auf einige Eckpunkte meines politischen Wirkens in der Interessenvertretung seit mittlerweile über 30 Jahren: Angefangen habe ich als Mitglied im Fachschaftsrat an der Uni, später war ich dann AStA-Vorsitzende; es ging weiter als Personalrätin im Studiensseminar und in der der Schule, Gesamtpersonalrätin und seit kurzem als Mitglied des Hauptpersonalrats.

Seit mehr als 25 Jahren in der GEW habe ich für die GEW im Bezirksverband Frankfurt einige Jahre im Team als Vorsitzende gearbeitet und war in den letzten drei Jahren stellvertretende Landesvorsitzende.

Ich bin ausgebildete Gymnasiallehrerin für Sport und Biologie und habe aber immer bewusst an Gesamtschulen gearbeitet, davon das letzte Jahrzehnt an einer IGS mit Oberstufe in Frankfurt.

Vor meiner Tätigkeit in der Schule habe ich als Sozialarbeiterin in der Jugendpflege und Jugendhilfe gearbeitet. Egal ob als Sozialarbeiterin in einer Schule oder als Lehrerin – ich habe sehr genau mitbekommen, warum die Ganztagschule gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche so wichtig ist. Ich werde mich weiterhin mit großer Leidenschaft für die „Eine Schule für alle“ einsetzen, die selbstverständlich auch eine Ganztagschule ist. „Eine Schule für alle“ ist wichtig, um allen Kindern gleiche Chancen zu eröffnen und damit den Weg zu einer gleichberechtigten Teilhabe an Bildung und Gesellschaft zu ebnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Dass wir von einer gleichberechtigten Teilhabe der Menschen im Moment weit entfernt sind, spiegeln alle Berichte über die Verteilung von Reichtum und Armut wider: Wenige haben viel, viele haben wenig. Die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen ist in kaum einer anderen Industrienation größer als in der Bundesrepublik Deutschland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ungleichheit ist kein Naturgesetz. Ungleichheit ist die Folge einer Jahrzehnten langen Umverteilung von unten nach oben. Dieses muss gestoppt werden. Dabei geht es um eine gerechte Steuerpolitik, und darum die Einnahmeseite des Staates deutlich zu erhöhen.

Ich greife mir als ein Beispiel die Finanztransaktionssteuer heraus. Sie würde vor allem die Spekulanten treffen, denn je häufiger ein Investor Wertpapiere kauft und verkauft, desto öfter müsste er in die Tasche greifen. Langfristige Anleger würden hingegen nur gering belastet. Es spricht also sehr viel dafür, eine solche Steuer endlich einzuführen.

Allein bei einem Steuersatz von 0,1%, würde es dem deutschen Fiskus ungefähr zusätzlich 35 Milliarden Euro einbringen. 35 Milliarden Euro ist fast genau die Summe, auf die der Investitionsstau bei Schulbauten geschätzt wird.

Ihr seht – es geht um das Umverteilen. Es muss darum gehen, den Reichtum umzuverteilen. Deswegen ist es nicht nur gut, sondern notwendig, dass die GEW Hessen sich stark gegen die Schuldenbremse engagiert hat und engagiert und auch im Bündnis „Reichtum umverteilen“ auf Bundesebene mitarbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Armut gehört leider auch in Deutschland zum Alltag. Im Jahr 2015 lag die Armutsquote bei 15,7%. Von allen Kindern unter 18 Jahren leben fast 20% unter der unter der Armutsgrenze, d.h. jedes 5 Kind!

Was dies für die Entwicklung der Kinder bedeutet ist erheblich: Armut beschämt, Armut entmutigt, Armut grenzt aus, Armut raubt Entwicklungschancen. So werden Kinder und Jugendliche schon früh abgehängt und Armutsfolgen im Bildungsbereich eher weiter verstärkt statt abgebaut.

In Deutschland und auch in Hessen besteht weiterhin eine starke Abhängigkeit zwischen der sozialen Herkunft und der Verwirklichung von Bildungschancen. Das muss sich ändern. Für Chancengleichheit und Bildungsmöglichkeiten für alle muss die GEW als Bildungsgewerkschaft aktiv eintreten. Bildung darf nicht zum Luxusgut für wenige werden. Jeder Mensch muss unabhängig vom Portemonnaie der Eltern Zugang zu Bildung haben. Dafür werde ich mich einsetzen.

Hierfür ist es notwendig, Bildungshürden abzubauen. Für die Durchsetzung weiterer Schritte hin zur Verwirklichung von Chancengleichheit gehören für mich untrennbar die Verwirklichung von Inklusion, die Schaffung echter Ganztagschulen und - als sehr wichtigen Punkt - die Schaffung einer „Schule für alle“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um das zu schaffen brauchen wir dringend eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Schulen:

- Doppelbesetzungen in allen Klassen, in denen eine inklusive Beschulung stattfindet;
- deutliche Reduzierung der Pflichtstunden, endlich kleine Klassen geben, um eine individuelle Förderung und Unterstützung zu ermöglichen;
- Erhöhung der Deputate an den Schulen und vieles weitere mehr – um einige Stichwort zu nennen.

Geld ist genug da – es muss nur anders verteilt werden.

Statt an diesen Fragen ernsthaft zu arbeiten, appelliert die Landesregierung und allen voran der Kultusminister immer nur an die „pädagogische Haltung“ der Beschäftigten ohne die notwendigen Ressourcen – personell und materiell – zur Verfügung zu stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein Beispiel die Ganztagschule. Der Kultusminister feiert sich öffentlich dafür, die Anzahl der Ganztagschulen enorm gesteigert zu haben, besonders bei den Grundschulen. Gut 550 Grundschulen von fast 1.100 Grundschulen seien dabei. Das entspräche einer Quote von 51%.

Was er verschweigt ist aber, dass nur 11 Grundschulen – also gerade einmal 1% - im Profil 3 sind, was einer echten Ganztagschule am ehesten entspricht.

Das ist nicht nur unlauter, das ist unverantwortlich. Mit einer halben Stelle (denn etliche Grundschulen bekommen gar nicht mehr) - also 14 Unterrichtsstunden - kann man nur den Vormittagsunterricht und wenige AG- Angebote durchführen – mehr nicht.

Da wird aber den Eltern etwas vorgemacht, was mit den bereitgestellten Mitteln einfach nicht umsetzbar ist. Die Eltern rufen aber nicht beim Kultusminister an, sondern bei KlassenlehrerInnen und Schulleitungen an, um sich zu beschweren. Da werden Schulen allein gelassen, Probleme nicht angegangen. Zu ertragen haben das die Kolleginnen und Kollegen und letztlich die Schülerinnen und Schüler. Das sagen wir seit Langem. Aber: eine wirkliche Besserung zeichnet sich nicht ab. Perfekter geworden sind nur die Strategien des Kultusministers, die wirklichen Ursachen zu verdecken. Das muss endlich aufhören.

Herr Lorz eines sei Ihnen gesagt: „Haltung und Ressource“ gehören zusammen. Wir brauchen beides – Jetzt! Die Haltung haben wir –stellen sie endlich die notwendigen Ressourcen bereit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Auseinandersetzung um eine gerechte Steuerpolitik und um die Durchsetzung von Schritten hin zu einem aktiven handlungsfähigen Sozialstaat kommt besonders dem DGB eine wichtige Bedeutung zu. Und das wird zunehmend wichtiger. Die Auseinandersetzungen in den letzten drei Jahren im DGB um gemeinsame Aktivitäten zur Durchsetzung unserer Positionen war nicht immer einfach. Wir haben als GEW Hessen unsere Forderungen und Positionen deutlich formuliert und Aktionstage des DGB unterstützt. Hiervon muss es mehr geben. Lasst uns gemeinsam mit den anderen Einzelgewerkschaften und dem DGB wieder lautstark für einen handlungsfähigen Sozialstaat aktiv werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in Anbetracht der letzten Wahlergebnisse gruselt es mich schon sehr. Nicht nur, dass immer wieder Parteien gewählt werden, die für Spaltung der Gesellschaft und eine Umverteilung von unten nach oben stehen, es sitzen wieder Nazis in den Parlamenten. Das zeigt: Wir müssen uns inhaltlich mit rechtspopulistischen (bis neofaschistischen) Theorien politisch auseinandersetzen.

Eines ist aber völlig klar: Hetzpropaganda ist keine Meinungsäußerung – sie ist und bleibt eine Form der Gewalt. Das öffentliche Auftreten für diskriminierende, rassistische und sexistische Einstellungen und Handlungen widerspricht den Grundwerten der GEW und wir werden an jeder Stelle dagegen aktiv werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ergebnis einer jahrzehntelangen Dominanz von Neoliberalismus und Entpolitisierung ist das Gefühl vieler Menschen, machtlos zu sein und keinen Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben. Gegen diese von oben vermittelte Machtlosigkeit müssen die Gewerkschaften Gegenmacht organisieren.

Lasst uns als GEW Hessen die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Interessenvertretung ausbauen. Es geht um die Stärkung der kollektiven Interessenvertretung. Demokratie und Mitbestimmung müssen aktiv erfahrbar werden. Unsere Alternative heißt Respekt und Solidarität.

Ich danke für eure Aufmerksamkeit.